

Spaniens Ringen um eine neue Kirchengestalt

Augen zu und durch?

Auch die spanische Kirche erlebt angesichts gesellschaftlicher Veränderungen einen enormen Bedeutungsverlust, dem die Bischöfe mit teils zögerlichen Ansätzen zwischen Bewahrung und Erneuerung begegnen. **VON MARIANO DELGADO**

Alljährlich im Frühjahr – und bevor die Steuererklärungen ausgefüllt werden, in denen die Steuerzahler ankreuzen können, ob sie 0,7 Prozent ihrer Steuerlast (nicht zusätzlich) für die Kirche bestimmen möchten – publiziert die Spanische Bischofskonferenz ein Memorandum ihrer Aktivitäten. Das bisher letzte steht unter dem Motto „nach vorne schauen“ und zitiert eingangs den Traum von Papst *Franziskus* in „*Evangelii Gaudium*“ (Nr. 27): „Ich träume von einer missionarischen Entscheidung, die fähig ist, alles zu verwandeln, damit die Gewohnheiten, die Stile, die Zeitpläne, der Sprachgebrauch und jede kirchliche Struktur ein Kanal werden, der mehr der Evangelisierung der heutigen Welt als der Selbstbewahrung dient.“ Der Papst schreibt von der erforderlichen missionarischen Neuausrichtung in der Pastoral. Die Reform der Strukturen soll ihr dienen, damit die in der Seelsorge Tätigen „in eine ständige Haltung des ‚Aufbruchs‘“ versetzt werden.

Es ist keine Frage, dass die spanische Kirche nun „franziskanisch“ werden möchte – genauso, wie sie zuvor „benediktinisch“ sein wollte und davor in der Spur von *Johannes Paul II.* marschierte, eine konservative Wende bei den Bischofsnennungen inklusive, die ein anderes Profil hatten als bei *Paul VI.* im konziliaren Aufbruch. Man schaute und schaut nach Rom und man ordnet sich zwei Schritte hinter dem Papst ein, von dem man alles erwartet – selbst dann, wenn dieser zu einem synodalen Prozess einlädt, damit die Ortskirchen in Rom ihre Reformvorschläge selbstbewusst anmelden: Seit *Pius IX.* hat man

sich daran gewöhnt, nach Rom zu schießen, das immer mehr Kompetenzen an sich zog. Nun traut man sich kaum, Reformen vorzuschlagen, die zum Wohle der Evangelisierung in der Ortskirche dringend nötig wären.

Zahlen deuten Umbruch an

Die quantitativen Daten zeigen auf den ersten Blick eine Kirche, die einen wesentlichen gesellschaftlichen Faktor darstellt und weiterhin sehr gefragt ist: bei der Erziehung angefangen bei den Grundschulen bis hin zu den Universitäten, durch volksreligiöse Feiern des Kulturkatholizismus (Prozessionen aller Art, Familientreffen bei Taufen, Erstkommunionfeiern, Trauungen und Beerdigungen, Patrozinien und Wallfahrten) sowie mit ihrer Gesundheits- und Sozialarbeit. Gerade im Schatten der Wirtschaftskrise und der Pandemie ist die Arbeit der „Caritas“ zum guten Gesicht der Kirche geworden. Zusätzlich sind rund 11.000 Missionare in 136 Ländern der Weltkirche tätig.

Bei genauerem Hinsehen deuten jedoch einige Zahlen einen tiefen Umbruch an, der zum zunehmenden Relevanzverlust der Kirche führt. Die Anzahl der Priesteramtskandidaten genügt schon lange nicht mehr, um die verstorbenen Priester zu ersetzen; viele Klöster müssen schließen; der Empfang jener Sakramente, die auch als Teil des sozialen Lebens gelten, ist seit 2007 im Durchschnitt um mehr als 40 Prozent gesunken. Besonders krass betrifft dies die Trauungen, von denen nur noch 20 Prozent kirchlich stattfinden, während noch etwa 45 Prozent der Kinder getauft werden. Und vor allem: Die volksreligiöse Beliebtheit des Kultur-

katholizismus einerseits und der geringe Einfluss der Katholiken auf Politik, Kultur und Werteordnung andererseits lassen eine tiefe Kluft zwischen Glauben und Leben erkennen.

Der Relevanzverlust wird bestätigt durch die Erhebungen des staatlichen „Centro de Investigaciones Sociológicas“ (CIS), das alljährlich nach der religiösen Zugehörigkeit fragt. Im April 2022 hielten sich in einem Land, in dem noch über 80 Prozent der Bevölkerung katholisch getauft ist, nur noch 56,4 Prozent für katholisch (davon nur 17,9 irgendwie praktizierend), während die Zahl der Agnostiker (12,2 Prozent), Gleichgültigen (11,6 Prozent) und Atheisten (15,2 Prozent) wächst. Mehr noch, dieser Trend gehört in akademischen, wirtschaftlichen und politischen Kreisen zum guten Ton. Angesichts dieser Zahlen gibt es genug Arbeit für eine „Kirche im Aufbruch“.

Die Programmatik: Heilmittel gegen die Übel der Gesellschaft

Im Vorwort des Memorandums heißt es weiter, angesichts einer Gesellschaft im Umbruch, in Unordnung und Unsicherheit, in der Misstrauen und Konfrontation zunehmen, bietet die Kirche die Verkündigung des Evangeliums, das Wort der Erlösung, die Befreiung von jeglicher Unterdrückung, die Feier des christlichen Geheimnisses und ein Leben der Nächstenliebe, der Hingabe, des Dienstes und der Liebe zueinander an – aber offenbar nicht glaubwürdig genug angesichts der genannten Zahlen. Die Programmatik ist klar: Kirche und Evangelium als Heilmittel gegen die Übel der Gesellschaft. Diese



Mariano Delgado,

geboren 1955, ist Professor für Kirchengeschichte und Direktor des Instituts für das Studium der Religionen und den interreligiösen Dialog an der Universität Freiburg (Schweiz) sowie Dekan der Klasse VII (Weltreligionen) in der Europäischen Akademie der Wissenschaften und Künste.

Programmatik erläutert die Bischofskonferenz in ihrem Grundsatzdokument „Treu dem missionarischen Auftrag“, in dem nach der Analyse der aktuellen Situation die pastoralen Orientierungen und Handlungsrichtlinien für die Zeit von 2021 bis 2025 präsentiert werden.

Die Analyse der Gesellschaftssituation betont den bereits erwähnten Umbruch. Konkret ist die Rede von der technologischen, wirtschaftlichen und kulturellen Transformation, die in der anthropologischen Transformation mit der Anerkennung neuer Werte und Rechte gegen den traditionellen christlichen Humanismus gipfelt. Man spricht – so gut wie nur stichwortartig, ohne großen Tiefgang – von Relativismus, Nihilismus und Positivismus der herrschenden Kultur, von Transhumanismus und einem „optimierten“ Menschen als Grundlage für neue Modelle für Familie, Wirtschaft, Politik und Spiritualität in der „fluiden“ Gesellschaft.

Die Wurzel dieses Transformationsprozesses wird in der „spirituellen Armut“ und im „Sinnverlust“ ausfindig gemacht, in einem Leben „als ob es Gott nicht gebe“. Der Umbruch finde nicht spontan statt, sondern sei induziert von einem politisch bewusst gesteuerten Versuch zur Dekonstruktion der „christlichen Weltanschauung“. Mit anderen Worten: Wir haben es wieder mit dem „Kulturkampf“ zu tun, der seit dem 19. Jahrhundert in Spanien zwischen Liberalismus und Sozialismus beziehungsweise Kommunismus mit einer Sicht des „neuen Menschen“ auf der einen Seite sowie der „katholischen“ Moral und Tradition auf der anderen Seite geführt wird.

Merkmale der intendierten „neuen Gesellschaft“ mit ihrem „anthropologischen Konstruktivismus“ seien die Genderideologien sowie die soziale Anerkennung der Abtreibung und der Sterbehilfe; diesbezüglich sehr liberale Gesetze wurden letztlich mit großer Mehrheit im Parlament verabschiedet! Dazu gehöre auch der Versuch, die Schulbildung in diesem Sinne zu prägen. Als besonders besorgniserregend heben die Bischöfe die „Dekonstruktion der traditionellen Ehe“ mit der „Expressscheidung“ (in nur drei Monaten) und der Anerkennung der gleichgeschlechtlichen Ehe hervor. Ebenso besorgt blicken die Bischöfe auf die politische Situation. Sie sehen in der durch die Infragestellung der Verfassung, der Monarchie und der Autonomie der Gerichtsbarkeit sowie durch die separatistischen Spannungen das mit dem demokratischen Konsens der „Transición“ überwunden geglaubte Gespenst der „zwei Spanien“ wieder auftauchen.

Strukturreform ohne Spiritualität ist leer, Spiritualität ohne Strukturreform ist blind.

In der kirchlichen Gemengelage unterscheiden die Bischöfe vier Gruppen: Viele Spanier halten sich für katholisch, wenn auch mit wenig kirchlichem und gesellschaftlichem Engagement in diesem Sinne. Viele andere sind Getaufte, die als Kulturkatholiken gelegentlich Kirchenleistungen beanspruchen, die sich aber ansonsten für Agnostiker oder Atheisten halten. Wieder andere sind „postsäkular“ geprägt, das heißt, sie teilen weder einen Glauben noch antireligiöse Vorurteile und sind manchmal auf der Suche nach Sinn und Spiritualität. Die vierte Gruppe besteht aus katholischen Einwanderern vor allem aus Lateinamerika, deren kirchliche und soziale Integration eine enorme Aufgabe darstellt. Als Zeichen der Zeit wird der wachsende religiöse Pluralismus betrachtet, der den ökumenischen und interreligiösen Dialog erforderlich mache.

Im Hinblick auf ihre evangelisierende Tätigkeit habe es die Kirche mit zwei Arten von Schwierigkeiten zu tun. Die kulturelle Situation mit den genannten Transformationen komme von außen. Wichtiger aber seien die internen Schwierigkeiten: spirituelle Mondänität und Selbst-

bezogenheit (*autorreferencialidad*) sowie Mangel an Kommunikationsstrategie und missionarischer Kühnheit. Das Heilmittel wird in einer Hinwendung zum Lehramt von Papst Franziskus gesehen.

Ergebnis des synodalen Prozesses

Das bischöfliche Grundsatzdokument, das kein großer Wurf ist, enthält stichwortartig einen Aktionsplan, in dem keiner der zentralen Begriffe der franziskanischen Neuausrichtung fehlt (Kollegialität und Synodalität, Unterscheidung der Geister, Kirche im Aufbruch etc.), sowie einige Richtlinien für die Kommissionen. Im Sinne von „Praedicate Evangelium“ (2022) wird nun als erste und wichtigste Kommission diejenige für die Evangelisierung genannt.

Bei der Vollversammlung am 11. Juni 2022 verabschiedete die Bischofskonferenz eine Synthese der diözesanen Beratungen über Synodalität. Der Stil weicht deutlich von entsprechenden deutschen Texten ab. Die spanische Synthese kommt nicht schnell zur Sache, also zu erwünschten Reformen, sondern beginnt mit selbstkritischen Beobachtungen über eine nötige Bekehrung kraft einer dynamischen Spiritualität, die zu einer inneren Erneuerung führe. Sodann wird über den Ritualismus in der Liturgie, die mangelnde Pflege der Predigtkultur und die geringe Sorge um die Bildung und Förderung der Laien nachgedacht.

Erst danach wird der „bilaterale Klerikalismus“ kritisiert: einerseits zu viel Handlungsmacht der Kleriker bei geringer Mitverantwortung der Laien, da man sich etwa daran gewöhnt habe, dem Klerus die Kirche und den Laien die Welt zu überlassen, sowie andererseits der damit zusammenhängende Autoritarismus, der mangelnde Evangelisierungselan und die unprofessionelle Kommunikationsstrategie für die Massenmedien. Man müsse transparenter und offensiver die soziale Relevanz der Kirche erklären.

Ohne nähere Vertiefung oder Erklärung von Reformpostulaten werden daraufhin einige Themen aufgelistet, die im synodalen Prozess eine stärkere Resonanz erfuhren: die Rolle der Frau, die Sorge um die Jugend und die Familie, die Missbrauchsskandale, die Förderung der laikalen Dienste, der Dialog mit anderen Konfessionen und Religionen, die Zölibatsfrage und die Weihe von *virii probati*. Mit einem hoffnungs-

vollen Blick auf die Zukunft hin werden drei dringende Aufgaben festgehalten: die Pflege einer synodalen Kultur, die Förderung der Laien und die Überwindung des Klerikalismus. Ob und inwieweit die Bischöfe in Rom diesen Themen zur stärkeren Resonanz verhelfen werden, ist dabei nicht klar.

Unprofessionelle Kommunikationsstrategie

Papier ist bekanntlich geduldig; das Papier bischöflicher Dokumente ganz besonders. Vieles von dem hier im Sinne der „franziskanischen Neuausrichtung“ Geschriebenen gab es schon im Pastoralplan 2016–2020 zu lesen (vgl. HK April 2018, 29–32).

Ein vielsagendes Beispiel für die von der Spanischen Bischofskonferenz beklagte unprofessionelle Kommunikationsstrategie ist ihr eigener Umgang mit den Missbrauchsfällen. Als in anderen Ländern bereits der Schneeballeffekt eintrat,

ließ der Generalsekretär, Weihbischof *Luis Javier Argüello*, süffisant verlauten, in Spanien gebe es kaum Fälle, sodass der Handlungsbedarf nicht so groß sei. Dieser krasse Kommunikationsfehler, der in weltlichen Globalkonzernen Konsequenzen gehabt hätte, verhinderte seine Karriere nicht; stattdessen wurde er zum Erzbischof von Valladolid ernannt. Der Versuch, die Missbrauchsfälle zu verniedlichen – trotz der von Rom angemahnten offensiven und klaren Kommunikationspolitik –, diskreditierte die ohnehin angeschlagene Glaubwürdigkeit der Kirche noch mehr. Der Pfarrerberuf, einst einer der angesehensten, steht nun in der Reputation an 18. Stelle von 20 Berufen.

Die linksliberale, kirchenkritische Zeitung „El País“ publizierte 2021 ein Dossier, in dem zunächst von 251 Missbrauchsfällen die Rede war. Mittlerweile ist es auf rund 900 Fälle mit über 1500 Opfern angewachsen. Die Angelegen-

Anzeige

heit entwickelte sich zu einer höchst brisanten Affäre, da Vertreter der radikalen Linken („Podemos“ mit Unterstützung der linken Separatisten in Katalonien und im Baskenland) am 26. Januar 2022 im Parlament eine besondere Kommission zur Durchleuchtung der Pädophilie in der katholischen Kirche einsetzen wollten, um diese an den Pranger zu stellen. Nach Gesprächen hinter den Kulissen zwischen der „Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei“ (PSOE) und der Bischofskonferenz einigte man sich auf eine außerparlamentarische Expertenkommission unter der Leitung des Volksanwalts. Nach einigen Warnrufen aus dem Vatikan, der das Dossier von „El País“ im Dezember 2021 erhalten hatte, ging am 22. Februar 2022 die Bischofskonferenz endlich in die Offensive – nun vertreten durch den Präsidenten Kardinal *Juan José Omella* und nicht mehr durch den Generalsekretär.

Pressekonferenz statt Vogel-Strauß-Reflex

In einer bestens besuchten Pressekonferenz bat Omella zunächst alle Opfer, die so viel Leid erfahren haben und weiterhin erfahren, demütig um Vergebung. Dann teilte er mit, dass die Bischöfe mit der genannten Expertenkommission der Regierung zusammenarbeiten werden und eine renommierte (katholische) Anwaltskanzlei mit der Prüfung des Dossiers beauftragt haben; diese solle innerhalb eines Jahres „bis zum bitteren Ende“ gehen. Es ginge dabei sowohl um eine historische Studie (wobei zu klären sei, an welchem Termin in der Vergangenheit angesetzt werden solle) als auch um das Gespräch mit den Opfern und um die Entschädigungsfrage. Letztere wird einiges kosten, die Studie hingegen nicht. Denn der Leiter der Anwaltskanzlei, *Javier Cremades*, Mitglied des „Opus Dei“, betonte bei der Pressekonferenz, die Arbeit werde zwar mit vollem Ernst und Aufwand geleistet, aber als Katholik werde er keine Honorarnote einreichen, die Arbeit sei für ihn Ehrensache. In den Medien wurde dieser längst fällige Presseauftritt nach den vorherigen kläglichen Meldungen der Bischofskonferenz als „volantazo“ („das Steuer herumreißen“) begrüßt.

Gewiss, die mediale Behandlung in „El País“ ist, wie einige Studien gezeigt haben, oft undifferenziert und interessen-geleitet; sie will nicht nur den Opfern Sichtbarkeit verleihen, sondern auch die Institution „Kirche“ medial und nachhaltig diskreditieren, was linksgerichteten Regierungen genehm scheint. Daher werden die Verfehlungen vor allem als „systemisches“ und nicht als „individuelles“ Versagen angeprangert. Alles in allem war jedoch die Bischofskonferenz sehr schlecht beraten, angesichts der ersten Berichte in „El País“ mit dem Vogel-Strauß-Reflex zu reagieren.

Konflikte mit der linken Regierung als Sturm im Wasserglas

Im Zusammenhang mit der Bericht-erstattung in „El País“ und der linken Presse steht ein Konflikt zwischen der Kirche und der Regierung, der sich als Sturm im Wasserglas entpuppte. Der kirchliche „Besitz“ ist der Linken ein Dorn im Auge und wird von ihr immer wieder aufs Tapet gebracht. Nach einer Gesetzesreform der konservativen Regierung unter *José María Aznar* 1998 konnte die Kirche bis 2015 Kirchen, Klöster und andere Gebäude und Liegenschaften, die von ihr seit eh und je genutzt werden, nun auch notariell registrieren lassen. Es handelt sich um insgesamt 35.000, einige davon, wie die (Moschee-)Kathedrale von Córdoba, sind von großem kulturellen Wert. Die Kirche agiert als „Verwalterin“ vieler solcher Gebäude, die sie nicht veräußern kann.

Doch gerade bei den kirchlichen Kulturgütern fordert die politische Linke immer wieder, dass sie verstaatlicht oder „dem Volk“ zurückgegeben werden. Als die mediale Kampagne (in den Medien links von „El País“ herrschte ein sehr antiklerikaler Ton) zu eskalieren drohte, bildeten die Regierung und die Bischofskonferenz eine gemischte Kommission, um die notariellen Eintragungen sachlich zu prüfen.

Während der Arbeiten kam es demonstrativ zu einem Treffen zwischen dem Ministerpräsidenten *Pedro Sánchez* (PSOE) und dem Präsidenten der Bischofskonferenz, Kardinal Omella. Es fand auf expliziten Wunsch des Politi-

kers am Sitz der Bischofskonferenz statt. Sánchez war offensichtlich bemüht, das Feuer zu löschen, das die Kommunisten von Podemos in seiner eigenen Regierung entfacht hatten.

Die Untersuchungen der Kommission ergaben, dass bei etwa 1000 (kleinen) der 35.000 genannten Gebäude und Liegenschaften (vor allem Garagen und Grundstücke) die kirchliche Trägerschaft nicht eindeutig zu klären ist. Die Kirche erklärte sich bereit, diese zur Disposition zu stellen – nun muss die Regierung darüber nachdenken, was sie damit machen soll. Das Treffen zwischen den beiden Präsidenten aber diente dazu, die Wogen zu glätten und gegenseitige Wertschätzung auszudrücken, da beide Institutionen zum Wohle der spanischen Gesellschaft zusammenarbeiten müssen. Die soziale Nützlichkeit der Kirche (Schulen, Krankenhäuser, Caritas) wurde begrüßt und Divergenzen in ethischen Fragen (Abtreibung, Sterbehilfe, Religionsfreiheit) wurden festgestellt.

Zu den Besonderheiten Spaniens gehört, dass bei jedem Regierungswechsel in den Pflichtschulen das Curriculum geändert wird. Die Gesetze halten nur so lange wie die Mehrheiten im Parlament, denn sie werden ohne „Konsens“ mit der jeweils anderen Seite beschlossen. Wenn die Linke regiert, tangieren die Reformen auch den Religionsunterricht: Stundenzahl, weniger konfessionelle Inhalte und mehr Kultur, Religionsgeschichte und Ethik.

Das Curriculum, das ab dem Schuljahr 2022/2023 gelten soll, ist das Ergebnis einer weiteren gemischten Kommission der Regierung und der Bischofskonferenz. Das Erstaunliche daran ist, dass die Bischofskonferenz den erreichten „franziskanischen“ Konsens gegen Hardliner in den eigenen Reihen verteidigen musste, die eine „Ideologisierung“ des Religionsunterrichts befürchten. In Wirklichkeit passt sich diese Reform an die Trends an, die im deutschsprachigen Raum üblich sind: Die konfessionellen Inhalte verschwinden nicht, aber sie werden nicht in der Form des Katechismus unterrichtet, denn Religionsunterricht in den Schulen ist keine „Katechese“. Es geht darum, ein inklusives, dialogisches Denken ausgehend

von der christlichen Sicht der Person, der Gesellschaft und der Kultur zu fördern. Es geht auch um die kirchliche Soziallehre und um die Akzente von Papst Franziskus in „Laudato Si“ und „Fratelli Tutti“, die mit der Agenda 2030 vielfach konvergieren.

Die Geburtswehen einer neuen Kirchengestalt

Es war bereits die Rede von den Bemühungen der spanischen Bischöfe, den „franziskanischen“ Kurs zu halten und eine „Kirche im Aufbruch“ zu werden. Ihre Programmatik ist alles in allem Ausdruck der Geburtswehen einer neuen Kirchengestalt. Mit seinem Appell an die „Freude“ der Evangelisierung in „Evangelii Gaudium“ (2013) erinnert Papst Franziskus implizit an das „Gaudet mater Ecclesia“ in der Eröffnungsansprache des Konzils durch *Johannes XXIII.* am 11. Oktober 1962. Daher finden wir eine ähnliche Sprache und eine vergleichbare Sicht der Aufgabe der Kirche in der Welt von heute.

In seiner Homilie während der heiligen Messe in Santa Marta vom 6. Juli 2013 erinnerte Papst Franziskus an Jesu Wort von den neuen Schläuchen, die man für den neuen Wein benötige (Mt 9,17),

bevor er auf das Jerusalemer Konzil anspielte: „Im christlichen Leben, wie auch im Leben der Kirche, gibt es einfallende Strukturen. Es ist erforderlich, dass sie erneuert werden. (...) Das ist eine Arbeit, die die Kirche immer gemacht hat, vom ersten Augenblick an. Erinnern wir uns an die erste theologische Auseinandersetzung: Muss man, um Christ zu werden, alle religiösen jüdischen Gebote befolgen oder nicht? Nein, sie haben Nein gesagt. (...) Die Kirche ist frei. Der Heilige Geist treibt sie an.“

Hinter diesen Worten verbirgt sich das wesentliche Problem der Kirchenreform heute in Spanien und anderswo: Verstehen wir die Kirchengeschichte als die bloße materielle Entfaltung der Substanz oder des Schatzes der Anfänge, sodass Neuentwicklungen nur in Kontinuität mit der Tradition bei kleinen Diskontinuitäten im Nebensächlichen möglich sind? Oder ist die Kirche angesichts der Zeichen der Zeit frei, neue Traditionen zu inaugurieren, da wir in der Kraft des Geistes und nach der angemessenen Unterscheidung oder Abwägung aus den in Christus verborgenen Schätzen (Kol 2,3) zum Wohle der Evangelisierung Neues zutage fördern können? Heißt das, dass wir

jene Entscheidungen treffen können, die der Dynamik der Evangelisierung förderlich sind, auch wenn dies „Abschaffungen und Unterbrechungen der heilsgeschichtlichen Kontinuität“ (*Karl Rahner*) zugunsten nötiger Innovationen bedeuten sollte?

Die Strukturreform der Kirche ist seit dem Zweiten Vatikanischen Konzil auf halbem Wege geblieben, sonst würde nicht der oberste Kleriker den „Klerikalismus“ geißeln und zu mehr „Synodalität“ ermutigen. Wir kreisen immer wieder um den alten Kampf, ob der spirituelle Aufbruch wichtiger als die Strukturreform sei oder umgekehrt. Aber hier gilt analog das Wort des Philosophen: Strukturreform ohne Spiritualität ist leer, Spiritualität ohne Strukturreform ist blind.

Angesichts der Struktur der katholischen Kirche seit Pius IX. wird vieles von der „Kühnheit“ des aktuellen Papstes abhängen, von seinem Mut und seiner Entschlossenheit zum Wandel, von seiner Fähigkeit, den „Tutorismus des Wagnisses“ zu übernehmen. Denn wie *Gilbert Keith Chesterton* sagte, lebendige Tradition ist die Rettung des „Feuers“ (der Evangelisierung), nicht die Bewahrung der „Asche“ (einer vergangenen Kirchengestalt). ■

Pakistan

Katastrophale Lage nach Überschwemmungen

Nach den extremen Monsun-Niederschlägen seit Mitte Juni befindet sich Pakistan in einer katastrophalen Situation. Der pakistanische Außenminister *Bilawal Bhutto Zardari* sprach am 7. Oktober in Berlin von einer Katastrophe biblischen Ausmaßes. 33 Millionen Menschen seien betroffen, 16 Millionen von ihnen seien Kinder, 600.000 schwangere Frauen. Knapp 1700 Menschen haben ihr Leben verloren. Zwischenzeitlich stand ein Drittel des Landes unter Wasser. Unzählige Straßen, Schulen, Krankenhäuser und landwirtschaftliche Flächen wurden zerstört. Die Weltgesundheitsorganisation und Hilfswerke wie die Malteser und die Caritas warnen nun vor einer „Gesundheitskatastrophe“. Im verschmutzten Wasser breiten sich Infektionskrankheiten wie Malaria und Denguefieber mit rasender Geschwindigkeit aus. Millionen von Menschen haben keinen Zugang zu ärztlicher Versorgung. Caritas international sieht vor allem die Armen von Hunger bedroht, da die Ernte vernichtet und Saatgut verloren ist. Die Asiatische Entwicklungsbank sagte

dem Land 2,5 Milliarden Dollar zu. Deutschland unterstützt laut Bundesaußenministerin *Annalena Baerbock* (Grüne) mit insgesamt 60 Millionen Euro. Der Wiederaufbau wird Jahre dauern und nach Schätzungen mindestens 10 Milliarden Euro kosten. Experten machen den Klimawandel für die zunehmende Anzahl von Naturkatastrophen in Südostasien verantwortlich. Laut der „Bundeszentrale für politische Bildung“ herrschte im April und Mai eine Rekord-Hitzewelle mit Temperaturen von um die 50 Grad Celsius. Klimamodelle zeigen, dass sich die Atmosphäre über Südostasien besonders schnell erwärmt. Somit kann sie mehr Wasser aufnehmen, extreme Regenfälle werden sich in Zukunft noch verstärken. Die Flutkatastrophe verschärft die innenpolitische Krise Pakistans nach dem Sturz der Regierung *Imran Khans* im April. Auch die Machtübernahme der Taliban im benachbarten Afghanistan hat islamistischen Extremisten und separatistischen Nationalisten Aufwind verschafft.

Hilde Naurath